

## **Stadtrat**

## **Protokoll**

SR-Nr: 2. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 25. März 2019  
Beginn: 19:00 Uhr  
Schluss: 21:05 Uhr  
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 11 und 12 vom 14. und 21. März 2019 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

### **Teilnehmer:**

|                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| <b>Stadtratspräsident</b>           | Barbara Lüthi-Kohler  |
| <b>Stimmzähler</b>                  | Franziska Cottier-Rupp, Werner Weber  |
| <b>Mitglieder des Stadtrates</b>    | Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Daniel Beck, Peter Biedermann, Georg Burkhard, Anna de Quervain, Hermann Dür, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Pierre Manz, Marcel Meier, Adrian Merz, Michael Ritter, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Paul Krähenbühl, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, Peter von Arb, Karin Fankhauser |
| <b>Entschuldigt</b>                 | Tabea Bossard-Jenni, Sybille Zingg Righetti   |
| <b>Stadtpräsident</b>               | Stefan Berger   |
| <b>Mitglieder des Gemeinderates</b> | Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm  |
| <b>Stadtschreiber</b>               | Roman Schenk  |
| <b>Auskunftspersonen</b>            | -   |
| <b>Protokoll</b>                    | Brigitte Henzi  |

**Traktanden:**

|  |    |
|--|----|
| - Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 4. Februar 2019  | 3  |
| - Informationen der Stadtratspräsidentin   | 3  |
| - Informationen aus dem Gemeinderat  | 4  |
| - Beschaffung der ICT-Mittel zur Umsetzung Lehrplan 21 an der Volksschule  | 4  |
| - Liegenschaft Alter Markt 3/5 - Abgabe im Baurecht  | 8  |
| - Auftrag GLP-Fraktion betreffend sichere Koexistenz von E-Bikes und Velos auf den Velowegen in Burgdorf   | 10 |
| - Auftrag Grünen Burgdorf betreffend „Die Einrichtung eines neuen Freizeit- und Begegnungsparks in der Umgebung des Freibades soll zeitlich vorgezogen werden“ | 12 |
| - Auftrag FDP-Fraktion betreffend digitale Umzugsformalitäten (Teilnahme am 5-jährigen Versuch)  | 13 |
| - Auftrag SP-Fraktion betreffend Abgabe von bebauten oder unbebauten Liegenschaften nur noch im Baurecht   | 14 |
| - Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität             | 15 |
| - Interpellation SVP-Fraktion betreffend "Anstellung eines verurteilten Jugendarbeiters"   | 16 |
| - Interpellation BDP-Fraktion betreffend den Mehrjahrgangsklassen  | 16 |
| - Interpellation GLP-Fraktion betreffend "vierte Säule" in Burgdorf  | 17 |
| - Interpellation SP-Fraktion betreffend Pop-up Anlaufstelle  | 17 |
| - Verschiedenes und Unvorhergesehenes  | 18 |

### **Appell**

Der durch den Stimmenzähler Weber Werner durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Käsermann Fabian trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2019-239 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 4. Februar 2019**

#### **Verhandlung**

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen das Protokoll der Stadtratssitzung vom 4. Februar 2019.

---

SRB: 2019-240 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen der Stadtratspräsidentin**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara begrüsst die Anwesenden zur zweiten Sitzung im Jahr 2019.

Die Vorsitzende gratuliert Stadträtin Bossard-Jenni Tabea zur Geburt von Matteo Dan vom 19. März 2019 und wünscht der Familie Bossard-Jenni alles Gute. Die Vorsitzende informiert über die Demission von Stadtrat Manz Pierre per 31. März 2019. Sein Nachfolger wird Marti René. Die Medienorientierungen der Stadt Burgdorf sind für die Mitglieder des SR lediglich zur Kenntnis und gelten nicht als Einladung. Die Einladungen für die Mitglieder des SR erfolgen immer mit separater Post. Die Vorsitzende informiert über die besuchten Veranstaltungen. Am 22. Februar 2019 hat sie die Premiere der Theatergruppe Burgdorf im Theater Z besucht. Am 1. März 2019 hat sie an der Eröffnung des Casino Theaters in Burgdorf teilgenommen. Am 8. März 2019 hat sie an der Eröffnung des Erweiterungsbaus des Franz Gertsch Museums teilgenommen. Am 17. März 2019 hat sie gemeinsam mit Stadtpräsident Berger Stefan die Jubiläumsfeier 100 Jahre Stadtrat Langenthal besucht. Am 19. März 2019 hat sie die HV von Pro Burgdorf besucht. Am 21. März 2019 hat die Schweizerische Mittelschulmeisterschaft Unihockey in der Schützenmattturnhalle stattgefunden. Der Anlass hat zwei Tage gedauert und wurde bereits zum neunten Mal durch das Gymnasium Burgdorf organisiert. Am 22. März 2019 hat die Eisrevue des Eislaufclubs Burgdorf stattgefunden. Dieser Anlass wurde freundlicherweise von der 2. Vizepräsidentin Fankhauser Karin besucht. Die Vorsitzende besuchte an diesem Tag die GV der Raiffeisenbank Region Burgdorf.

---

SRB: 2019-241 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10  
**Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Verhandlung**

Gemeinderätin Gübeli Charlotte informiert über die im letzten Jahr eingereichten Motion betreffend Einführung eines Nachbarschaftstages. Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat (GR) überwiesen. Leuenberger Peter, Leiter Sozialdirektion, hat das Postulat an die Hand genommen und hat mit Lüthi Urs, Leiter Einwohner- und Sicherheitsdirektion, und Rothenbühler Torfinn, Marketingbeauftragter, Kontakt aufgenommen. Auf der Homepage der Stadt Burgdorf ist der Hinweis zum Nachbarschaftstag aufgeschaltet. Der Tag der Nachbarschaft findet am 24. Mai 2019 statt. Weitere Informationen zu diesem Tag findet man auf der Homepage der Stadt Burgdorf wie zu den Bewilligungen für Veranstaltungen, zu gastgewerblichen Einzelbewilligungen sowie zu Mehrweggeschirr. Wenn dieser Tag eine riesengrosse Resonanz hervorrufen würde, könnte man sich überlegen, ob man ein Festkit zur Verfügung stellen will. Die Stadt Bern stellt ein solches Festkit zur Verfügung. Im Festkit sind Servietten, Flyer für Einladungen und vieles mehr. Für das Jahr 2020 ist der Tag der Nachbarschaft ebenfalls bereits im Veranstaltungskalender der Stadt Burgdorf aufgenommen. Das Postulat wird an der Juni-Sitzung behandelt und der Antrag wird auf Abschreibung lauten.

Gemeinderat Grimm Christoph macht auf einen Termin aufmerksam und zwar Donnerstag, 13. Juni 2019 um 19.00 Uhr. Der SR soll sich den Termin merken. Die VSK möchte an einem Runden Tisch über das viel erwartete Dokument zur Gesamtrevision des Schulreglements informieren. Es soll über gewisse Punkte informiert werden. Die Einladung dazu folgt zu gegebener Zeit von der Bildungsdirektion.

Gemeinderat Rappa Francesco hat drei Informationen. Eine Information betrifft die Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Betonklötze Einschlagweg und Geissrütli. Die Baudirektion hat die Situation nochmals angeschaut. Die fehlenden Reflektoren werden in den nächsten Tagen montiert. Beim Vorplatz zum Hallenbad parkieren immer wieder Personen ihr Auto. Man hat sich verschiedene Möglichkeiten überlegt. Als erste Massnahme wird ein Halteverbot installiert. Man will so versuchen, das Problem besser in den Griff zu bekommen. Diese Massnahme tangiert ein Behindertenfahrzeug nicht. Der Badiplatz ist in einem miserablen Zustand. Wenn es regnet, ist der Badiplatz unter Wasser. Der Badiplatz wird nun saniert. Es werden zudem neue Veloständer montiert. Bis zur Eröffnung des Freibades sind die Arbeiten abgeschlossen.

---

SRB: 2019-242 | Registratur-Nr. 5.50.5000.30  
**Beschaffung der ICT-Mittel zur Umsetzung Lehrplan 21 an der Volksschule**

### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass man Kompetenzen erhält aus der Schnittmenge von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Bereitschaft zum Handeln. Hier setzt der Lehrplan 21 an. Die Schülerinnen und Schüler sollen auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie kompetent werden. Die Generation Z oder auch Digital Natives genannt, sind in den Jahren 2000 bis 2015 geboren, und mit digitalen Technologien vertraut und wachsen im digitalen Zeitalter auf. Die Schulen haben den Auftrag, diese Generation handlungsfähig und kompetent adäquat auszubilden. Die jungen Leute sollen einerseits auf die hohen Ansprüche der Industrie 4.0 vorbereitet werden. Andererseits ist es wichtig, dass man mit der Verantwortung richtig umgehen kann, wie zum Beispiel mit der Handhabung der Daten und Social Media. Mehr zu den Kompetenzen ist auf der Seite 9 bis 11 des Beschaffungskonzeptes nachzulesen. Der Kanton macht Empfehlungen zum ICT. Man sollte nach Möglichkeit mit mobilen Geräten arbeiten. Die Geräte sollten primär von der Schule übernommen und bezahlt werden. Die Möglichkeit von "Bring your own Device" soll man prüfen. Die Arbeitsgeräte für

Lehrer sollten von der Schule vorhanden sein und zur Verfügung gestellt werden. Die Schulen müssen mit leistungsfähigen Netze ausgerüstet und die Datensicherheit muss gewährleistet sein. Die Unterrichtsräume sollen mit den entsprechenden Peripheriegeräte, Beamer und Display, ausgerüstet sein. Ein professioneller IT-Support ist zwingend. Die SMI, das sind Spezialisten für Medien und Informatik, müssen entsprechend professionell handeln können. Die Schule Burgdorf muss seine bestehende Computereinrichtung erneuern und zum Teil stark ausbauen, damit wir den Anforderungen überhaupt gerecht werden können. Eine breit gefächerte Arbeitsgruppe hat sich seit 2017 mit den Fragen auseinandergesetzt. Auf den ersten dreizehn Seiten im Konzept ist der Status quo und die ganze Geschichte, wo Burgdorf steht, aufgeführt. Über das, was der SR heute befindet, steht ab der Seite 14 bis am Schluss. Die Schulhäuser sind bereits teilweise oder werden noch mit Netzwerken aufgerüstet. Mit diesen Arbeiten musste bereits begonnen werden, weil man im Sommer starten möchte. Die Schulnetzwerke werden in die Stadtnetze integriert und von der Stadtinformatik zentral verwaltet. Der Stand der Multimediageräte ist nicht in diesem Kredit aufgeführt. Jede Schule steht an einem anderen Ort, hier werden die Schulen selber in die Verantwortung gezogen, was benötigt wird. Das Fach heisst heute MI, Medien und Informatik, und wird im Klassenzimmer unterrichtet, sobald man ausgerüstet ist. Somit wird es mehr Platz geben für andere Ansprüche. Bei der Software wird auf eine teure Lizenz verzichtet und man arbeitet mit gratis Tools. Im Zyklus 2 und 3 haben die Lernenden einen Google-Account. Wir haben Pool-Laptops und dort werden die kostenpflichtigen Programme MS-Office und Photoshop installiert für spezielle Arbeiten. Beim Datenmanagement arbeitet man mit Google Suite for Education. Das ist eine gratis Cloud Lösung. Bern hat die kostenpflichtige Lösung Base for Kids Tool. Bei der Gerätewahl war es eine Schlacht und Diskussion, ob man Office- oder Mac-Geräte will. Die Burgdorfer Schulen sind seit 25 Jahren bestens mit Apple gefahren. Wir haben einen grossen Bestand an den Apple- beziehungsweise Mac-Geräte. Es wäre falsch, diese nun zu entsorgen. Wir wechseln nicht auf Android oder Windows. Es werden alle Lehrkräfte und Lernenden mit Tablets und iPads ausgerüstet. Zusätzlich werden an jedem Schulstandort einen Klassensatz MacBooks und für spezielle Arbeiten noch einen Satz Tastaturen angeschafft. Die Erfahrungen anderer Schulen haben klar gezeigt, dass die Empfehlung eindeutig ist, dass man nur mit einem System arbeitet. Verschiedene Systeme brauchen eine höhere Supportleistung und mehr Personalaufwand. Das ist nicht das Ziel. iPads sind für Lernende ein ideales Gerät. Die Gemeinden, mit den man verglichen hat, haben es ganz klar bestätigt. In gewissen Klassen in Burgdorf wird bereits mit iPads gearbeitet. Die iPads haben einen Vorteil, sie sind klein, leicht, handlich, schnell und können problemlos mit einer Tastatur erweitert werden. Der Supportaufwand ist mit dem MDM-Server, Mobile Device Management, bestens möglich. Die iPads haben gegenüber dem Chromebook eine wesentlich höhere Lebensdauer. Beim Chromebook ist die Lebensdauer 2 bis 3 Jahre und beim iPads sind es 5 bis 6 Jahre. Weitere Vorteile sind im Konzept aufgeführt. Die Arbeitsgruppe ICT hat zusammen mit der städtischen Informatik der Finanzdirektion die verschiedenen Varianten auf Kosten und Nutzen überprüft. Die vorgeschlagene Variante erscheint als die idealste für die Burgdorfer Schulen. Dabei entsteht ein relativ hoher Nutzen und relativ tiefe Kosten. Was wollen wir mehr? Das ökonomische Prinzip wird voll angewendet. Bei der Variante „Bring your own Device“ ist es so, dass der Kanton sagt, dass die Schule gratis ist. Diesem Grundsatz will man treu bleiben. Wenn alle ihr eigenes Gerät mitbringen müsste, hätte man einen Salat. Dabei spart man zwar im Moment, aber dann brauchen wir nicht 80 bis 100% Support, sondern 400% Support. Langfristig käme diese Lösung garantiert teurer. Man möchte mit der Abgabe des gleichen Gerätes an die Lernenden die gleichen Grundchancen schaffen. Man will die Lernenden vor allem auch nicht unter Druck setzen. Man will nicht, dass die Eltern unter Druck gesetzt werden, das neuste iPad zu kaufen um In zu sein. Die Lehrkräfte müssten mit verschiedenen Geräten ein wesentlich höheres Fachwissen in der Informatik aufweisen. Zudem hätten die Lehrkräfte einen höheren Zeitaufwand. Es ist verständlich, dass die Lehrkräfte mit dem gleichen Gerät ausgerüstet werden. Allen Lehrkräften, die mindestens 8 Lektionen unterrichten, wird ein Gerät zur Verfügung gestellt. Der technische Support beläuft sich im Durchschnitt, im Vergleich mit den anderen Städten, auf rund 1% pro Klasse. Für Burgdorf würde dies rund 87 bis 88% bedeuten. Man hat sich entschieden, mit 80% zu rechnen. Der technische Support ist in drei Levels aufgeteilt. Der First-Level-Support ist vor Ort und wenn ein Gerät nicht läuft, muss sofort eingegriffen werden können. Für die Lehrkräfte und den Unterricht ist dieser der wichtigste Support. Der Second- und Third-Level-Support beinhalten die langen und sehr langen Fristen, wenn zum Beispiel ein neues Gerät angeschafft werden muss. Die einzelnen Definitionen sind auf der Seiten 20 und 21 aufgeführt. Für den Support und Betrieb der MDM-Server wird zusätzlich Fr. 105'000.-- wiederkehrende Kosten beantragt. Der vorliegende Antrag und das Konzept hat die VSK am 30. Januar 2019 einstimmig zur Annahme empfohlen beziehungsweise genehmigt. Der Zyklus 1 ist

vom Kindergarten bis 2. Klasse. Der Zyklus 2 ist von der 3. bis 6. Klasse. Der Zyklus 3 ist 7. bis 9. Klasse. Beim Zyklus 3 ist eine eins zu eins Bestückung, das heisst jeder Lehrende erhält leihweise ein Gerät. Im Zyklus 2 ist die Bestückung eins zu zwei und beim Zyklus 1 beträgt sie eins zu vier. Im Zyklus 1 beziehen sich die Anwendungen auf das ein- und ausschalten, Bilder hin- und herschieben, das einloggen, etc. Im Antrag ist ersichtlich, dass wir etwas mehr als 1'000 Geräte brauchen. Diese Geräte kosten etwas. Im Antrag sind Fr. 595'000.-- aufgeführt. Dieser Betrag beruht auf der Offerte der Heiniger AG. Das bedeutet aber nicht, dass die Heiniger AG die Geräte liefern kann. Es erfolgt eine offizielle Ausschreibung. Die günstigste Offerte liefert die Geräte. Die Beschaffung erfolgt in zwei Stufen. In diesem Jahr erfolgt Zyklus 1 und 2. Im nächsten Jahr erfolgt Zyklus 3. Der in der Vorlage gemachte Vergleich mit den Städten Bern und Thun zeigt, dass Burgdorf nicht billig ist. Bei den anderen Städten sind die Gesamtkosten aufgeführt. Burgdorf hat bereits einige Sachen investiert. In Burgdorf werden die Gerätebeschaffung und die wiederkehrenden Kosten für MDM-Server-Betreuung sowie die Stelle bei der Informatik beantragt. In der Stadtratsvorlage sind vier Anträge zu genehmigen. Beim Antrag 1 wird dem Konzept zugestimmt. Beim Antrag 2 geht es um die notwendigen Mittel von Fr. 655'000.-- für die Anschaffung. Beim Antrag 3 geht es um die wiederkehrenden Ausgaben des MDM-Servers und der Stelle. Beim Antrag 4 geht es darum, dass die Bildungsdirektion und die Finanzdirektion mit der Umsetzung beauftragt werden. Der SR wird gebeten, den vier Anträgen zuzustimmen.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Vorlage mit den Hintergrundinformationen sehr gut verständlich aufgearbeitet worden sind. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten. Bei der Diskussion in der Fraktion hat sich ziemlich schnell herausgestellt, dass die Investition wirklich nötig ist. Als ehemalige Lehrerin versichert Stadträtin Vogt Anette, dass eine gute Ausrüstung im ICT-Bereich in der Schule einen grossen Einfluss auf den Unterricht hat. Im SR gibt es einige ältere Semester, die sich noch daran erinnern, als die Kinder klein waren und das ein mal eins lernen sollten. Stadträtin Vogt Anettes Unterstufen-Kinder kommen mit leuchtenden Augen nach Hause und bitten darum, das ein mal eins zu lernen. Warum ist das möglich? Es gibt so viele Angebote auf den Geräten und die Kinder lernen mit Freude. Es gibt unzählige Programme, die am spielerischen Trieb der Kinder andocken und so mit einer Leichtigkeit zum Beispiel mathematische Kompetenzen beibringen. Ein solches Programm kann sich auch individuell dem Niveau des Kindes anpassen und es motiviert. Die Technologie mit unzähligen Möglichkeiten muss unbedingt in der Schule genutzt werden. Der Lehrplan 21 trägt dem Rechnung. Es muss aber investiert werden. In der Stadtratsvorlage wird Burgdorf mit den Gemeinden Thun und Bern verglichen. Burgdorf hat Fr. 468.-- Ausgaben pro Schüler und Thun Fr. 1'510.--. Als erstes denkt man, dass Burgdorf geizig unterwegs ist oder nicht in die Bildung investieren will. Der Vergleich hinkt ein bisschen. Es gilt zu bedenken, dass Burgdorf bereits im Vorfeld viel in die Infrastruktur investiert hat. Im Zyklus 1 müssen vier Schüler einen Computer teilen bei einer Klassengrösse von 20 Schülern. Man hofft, dass die Laptops die Lehrkräfte nicht hindern im Unterricht. Die SP-Fraktion ist erleichtert, dass das "Bring your own Device" nicht zum Tragen kommt. Die Schule muss kostenfrei sein, wie es auch bereits Gemeinderat Grimm Christoph erwähnt hat. Es gibt bereits jetzt bei Familien Stress, weil ein Kind die Arbeit zu Hause auf dem Computer fertig schreiben soll und ausgedruckt in die Schule zurückbringen muss. Nicht alle Familien haben einen Computer oder einen Drucker Zuhause, das darf nicht vergessen werden. Die Lösung mit der 100% Stelle in der Informatik erachtet die SP-Fraktion als sehr geschickt. So wird 80% für die Umsetzung vom Lehrplan 21 beim ICT investiert und die restlichen Prozent kommen der städtischen Informatik zugute. Es ist bekannt, dass sich die IT selten an eine Direktion hält und es Sinn macht, direktionsübergreifend zusammen zu arbeiten. Die SP-Fraktion hofft, dass der pädagogische Support nicht zu kurz kommt, wenn die Lehrkräfte zu wenig Unterstützung und Wissen zu den Möglichkeiten des ICT-Unterrichts bekommen. Dann nützt auch die beste Ausrüstung nichts. Die SP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass Burgdorf keine Luxuslösung vorliegt und das Nötigste abdeckt. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Anträge des GR.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Mehrheit der Kantone den Lehrplan 21 eingeführt haben. Das ist positiv. Mehr Informatikunterricht führt sicher dazu, dass unsere Kinder und Jugendlichen besser ausgebildet werden für zukünftige Herausforderungen im Berufsleben. Positiv ist auch, dass im Zusammenhang mit der Einführung von Lehrplan 21 der Kanton gewisse Vorgaben macht wie zum Beispiel die klare Trennung zwischen pädagogischer und technischer Unterstützung. Die Arbeitsgruppe hat einen guten Job gemacht in den letzten zwei Jahren. Es wurde ein gutes Konzept erarbeitet. Man kann feststellen, dass Burgdorf im Quervergleich mit anderen

Gemeinden sehr gut dasteht. Der Quervergleich ist nicht ganz richtig, wie bereits Gemeinderat Grimm Christoph ausgeführt hat, weil nicht Äpfel mit Äpfel verglichen wurden. Burgdorf muss trotzdem nicht so viel Geld in die Hand nehmen wie die anderen Gemeinden. Man hätte Burgdorf nicht mit den schlechtesten Gemeinden vergleichen sollen, sondern auch mit Gemeinden, die auch gut unterwegs sind. In der Beilage steht, dass Burgdorf sich am ehesten mit Köniz vergleichen kann. Der Vergleich mit Köniz wäre auch bei anderen Vorlagen interessant. Der technische Support, der neu gebraucht wird und mit der städtischen Informatik zusammengelegt wird, macht Sinn, weil Synergien genutzt werden können. Im letzten Abschnitt der Stadtratsvorlage steht, dass möglicherweise zusätzliche Aufwände kompensiert werden können. Man appelliert jedoch, dass am Schluss doch weniger Kosten durch die Synergien anfallen sollten. Für die Gerätebeschaffung wird mit knapp 1'100 Geräten gerechnet. Eine Mehrheit der Kantone führt den Lehrplan 21 ein. Deshalb müssen in der Schweiz wohl einige tausend Geräte beschafft werden. Burgdorf soll die Beziehungen zu den anderen Gemeinden nutzen und sich zusammenschliessen, um die Ausschreibung gemeinsam durchzuführen, um noch eine grössere Menge an Geräten auszuschreiben und noch zu einem günstigeren Preis zu erhalten. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge des GR.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft lang und auch kritisch diskutiert hat. Die GLP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Die Grundsatzdiskussion, ob man das soll oder nicht, stellt sich nach Meinung der GLP-Fraktion nicht. Der Lehrplan 21 im Kanton Bern ist eingeführt. Es war ein klarer politischer Wille im Kanton Bern gewesen. Über die Alternative "Bring your own Device" wurde bereits viel gesagt und die GLP-Fraktion kann sich den Vorrednern anschliessen, insbesondere Gemeinderat Grimm Christoph, dass es auf Volksschulstufe eine schlechte Idee ist. Man darf nicht vergessen, dass man im Unterschied zur Sekundarstufe mit massiv jüngeren Leuten zu tun hat. Das würde heissen, dass die Supportkosten für die IT in Mannigfaltigkeit der Geräte klar steigen würden und grosse Probleme technischer Art kaum vermeidbar wären. Man könnte es umgehen, indem man den Eltern vorschreiben würde, welche Geräte gekauft werden müssten. Das hätte den Nachteil, dass die Kosten höher sind, weil man keinen Rabatt erhält. Es wäre klar, dass bei "Bring your own Device" die Gemeinde die Kosten übernehmen müsste. Die GLP-Fraktion hat auch über den Entscheid für oder gegen Apple diskutiert. Über Alternativen könnte man lange streiten und diskutieren, aber sie sind nicht fundamental besser. Wenn man auf Windows setzen würde, hätte man den Nachteil, dass der Support tendenziell teurer wäre. Vielleicht wären die Geräte etwas günstiger. Ein Argument für Windows könnte sein, dass die Marktgängigkeit in der Schweiz höher ist. In der Schweiz arbeiten rund 80% mit Windows und weltweit zirka 95%. Bei Android wären die Supportkosten noch höher, allerdings wären die Geräte noch günstiger. Soll man sich an einen Anbieter wie Apple so binden? Es spielt keine Rolle. Man hat entweder Apple, Microsoft oder Google. Es sind alles amerikanische Firmen. Das Geschäft ist von vielen vorberatenden Kommissionen behandelt worden, mehr als üblicherweise. Wenn man das Geschäft zurückweisen wollte, müsste man sehr gute Argumente vorbringen. Die GLP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Die Beschaffung der Informatikmittel für die Umsetzung des Lehrplans 21 an der Volksschule erachtet die BDP-Fraktion als zwingend wichtig. Das Beschaffungskonzept zeigt auf, dass verschiedene Varianten geprüft wurden und schlussendlich eine verhältnismässig kostengünstige und pragmatische Lösung gefunden wurde. Die BDP-Fraktion erachtet die Investition in die Bildung als wichtig und ist die Abbildung von unserem Staat. Die BDP-Fraktion wird den Anträgen des GR einstimmig zustimmen.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat stimmt dem vorliegenden Beschaffungskonzept Informatikmittel Lehrplan 21 zu.
2. Er bewilligt die notwendigen Mittel von 655'000 Franken für die zusätzlichen Informatikbeschaffungen 2019 und 2020 (Sachgruppe 5200.02 Hardware, Kostenstelle 5000.5200.02 Informatikmittel Lehrplan 21).
3. Er bewilligt die neuen wiederkehrenden Ausgaben von total 105'000 Franken für eine zusätzliche Informatikstelle und die Betriebskosten für den MDM-Server. Ab Budget 2020 sind die neuen Kosten in der Planung berücksichtigt.
4. Mit der Umsetzung werden die BiD und die FinD beauftragt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 38 Ja Stimmen den Anträgen zu.

---

SRB: 2019-243 | Registratur-Nr. 7.70.7020.10

### **Liegenschaft Alter Markt 3/5 - Abgabe im Baurecht**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass die vorliegende Stadtratsvorlage mehr als einmal gelesen wurde, weil es wohl zu Augenreiben geführt hat. Der GR hat auch die Aufgabe, als strategisches Organ, zwischendurch Strategien zu entwickeln. Man kann zurecht dafür oder dagegen sein. Es ist bereits mehr als ein Jahr her als sich der GR Gedanken dazu gemacht hat und den Immobilienverantwortlichen den Auftrag erteilt hat, das abzuklären. Das wurde gemacht. Der GR hat entschieden, eine Vorlage vorzubereiten. Die Liegenschaft liegt unterhalb vom Schloss auf der linken Seite. Die Liegenschaft wurde im Jahr 2005 vom GR gekauft, mit der Vision, dass es als flaches Land im Zusammenhang mit dem Schloss später gebraucht wird. Die Liegenschaft war damals nicht zonenkonform. Man ist auch davon ausgegangen, dass das Gebäude abgebrochen wird. Seit 2018 ist die Liegenschaft zonenkonform. Die Liegenschaft könnte im Fall einer Zerstörung im bestehenden Volumen innerhalb von fünf Jahren mit gewissen Vorgaben wieder aufgebaut werden. Auch das ist für den GR ein Grund zum Verkauf. Früher war die UNIA in diesem Haus und danach wurden die Räume als Wohnung genutzt. Später wurde auch eine Wohnung im 1. OG genutzt. Das Dachgeschoss kann aufgrund des schlechten Zustandes schon länger nicht genutzt werden. Dort müsste eine Gesamtsanierung erfolgen. Eine Gesamtsanierung der Liegenschaft wäre ein grosser Brocken. Ersten Schätzungen zufolge müsste man mit 1.5 Mio. Franken rechnen. Dies ist ein Grund für den GR die Liegenschaft zu verkaufen, auch weil unsere Stadtkasse nicht so gut betucht ist. Das Fortführen des Mietverhältnisses bringt der Stadt Burgdorf jährlich Fr. 25'000.-- in die Kasse. Wenn die Liegenschaft im Baurecht abgegeben würde, wären es Fr. 10'000.-- pro Jahr. Wir würden uns Mindereinnahmen von Fr. 15'000.-- leisten. Hingegen entfällt das Vermietungsrisiko für die Stadt Burgdorf. Ist der Zeitpunkt jetzt richtig im Rahmen der Liegenschaftsstrategie? Diese Frage beantwortet der SR. Das Schloss als allfälliger Käufer war im Gespräch. Im Moment hat man aber nur Gespräche geführt und das Schloss sagt, dass man im Moment das Geld nicht hat. Das Schloss ist aber an einer Parzelle interessiert, wo sie ihren Logistikplatz erstellen könnten. Das ist auch der Grund, warum auf den Plänen eine Abparzellierung aufgeführt ist. Die Abparzellierung ist noch nicht gemacht und würde erst erfolgen, wenn der SR dem Verkauf zustimmt. Man hat aber seitens des Schloss auch eine andere Auskunft, nämlich, dass sie keinen Bedarf haben. Es steht auch im Raum, dass ein Käufer vorhanden sein soll. Es ist aber kein Käufer bekannt. Die Liegenschaft geht erst auf den Markt, wenn der SR entschieden hat. Die Liegenschaft wird an den Meistbietenden verkauft. Die Vorlage ist ausführlich. Es liegt am SR zu entscheiden, ob man dem Verkauf zustimmen oder ablehnen will.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der GR die Immobilienstrategie überarbeitet, aber noch nicht abgeschlossen hat. Es stellt sich deshalb die Frage, warum man jetzt plötzlich eine Liegenschaft einfach so verkaufen will. Warum gerade jetzt verkaufen, wenn man weiss, dass ein Verlust resultiert? Diese zwei Punkte hat die SP-Fraktion eingehend diskutiert. Die SP-Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen, sondern diese ablehnen. Es gibt noch einen anderen Punkt. Die geplante Abparzellierung ist für das Schloss gedacht. Man muss aber bedenken, wenn die Liegenschaft verkauft wird und der neue Besitzer dort ist, kann dieser allenfalls auch Einsprache gegen allfällige neue Projekte beim Schloss einreichen. Bei einer solchen potenziellen Unsicherheit, wie es die Entwicklung beim Schloss ist, wäre ein Verkauf ein schlechtes Zeichen. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag des GR ab.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man sich grösstenteils dem Vorredner anschliessen kann. Die Strategie wird noch entwickelt und liegt noch nicht vor. Es wird erwartet, dass es in der Strategie um Abgabe im Baurecht gehen wird. Deshalb stellt sich die Frage des Zeitpunktes der vorliegenden Vorlage. Beim Thema der Abparzellierung hat man widersprüchliche Sachen gehört. Man hat die Abparzellierung vorsorglich gemacht, das Schloss hat keinen Bedarf und man will einen Logistikplatz machen. Es wäre deshalb schlauer, zuerst den Bedarf vom Schloss abzuklären. Die Abparzellierung zu machen so lange die Parzelle der Stadt Burgdorf gehört, wäre höchstwahrscheinlich einfacher. Die Grünen-Fraktion wird die Vorlage ablehnen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man intensiv diskutiert hat und zum Schluss gekommen ist, dem Verkauf der Liegenschaften nicht zuzustimmen. Der Grund dafür ist der Zeitpunkt. Zuerst soll der Umbau des Schlosses fertig gestellt und mindestens ein Betriebsjahr abgewartet werden. Wer weiss, vielleicht läuft es der Stiftung Schloss Burgdorf so gut, dass sie doch noch eine Dependance benötigt. Stadträtin Liechti-Lanz Esther macht eine persönliche Bemerkung zum Verkaufspreis respektive den Entscheid des GR, die Liegenschaft dem Meistbietenden zu verkaufen. Sie hat Verständnis dafür, möglichst viel aus der Liegenschaft heraus zu holen, weil wir das Geld brauchen um die Finanzen ins Lot zu bringen. Es ist aber bekannt, dass viele Familien ein Haus in Burgdorf kaufen möchten. Deshalb sollen die zukünftigen Offerten sorgfältig geprüft und nicht per se dem Meistbietenden verkauft werden.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass bei diesem Geschäft keine Dringlichkeit zum Verkauf der Liegenschaft besteht. Für die SVP-Fraktion kommt die Veräusserung der Liegenschaft eindeutig zu früh. Man soll zuerst die Immobilienstrategie abwarten. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass das Schloss allenfalls vielleicht doch noch einen weiteren Bedarf hat. Der Verkauf ist auch wie bereits erwähnt für die Stadt Burgdorf ein Verlustgeschäft. Zudem gibt es auch keinen potenziellen Käufer. Die SVP-Fraktion lehnt das Geschäft aus genannten Gründen ab.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die Aufarbeitung von der spannenden Geschichte. Die FDP-Fraktion hält sich an die Voten der Vorredner und lehnt den Antrag ab.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Stadt Burgdorf die Parzelle gekauft hat um die volle Kontrolle über die Parzelle ausüben zu können. Das Schloss befindet sich im Moment in der Bauphase. Ein Verkauf der Liegenschaft zum jetzigen Zeitpunkt macht keinen Sinn. Die GLP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass der Zeitpunkt des Verkaufes unverständlich und nicht nachvollziehbar ist, vor allem auch, weil die Entwicklung des Schlosses noch läuft. Die BDP-Fraktion lehnt einstimmig den Verkauf der Liegenschaft ab.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass das Schloss für den Logistikplatz wirklich Verwendung hat.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, die Liegenschaft "Alter Markt 3/5" - GBBL 231 - im Baurecht abzugeben.
2. Der Baurechtszins wird basierend auf dem Baurechtszinsschema der Burgergemeinde (Bereich Mehrfamilienhäuser - Klasse 3) festgelegt und inskünftig gestützt darauf angepasst. Er beträgt somit CHF 8.95 (Stand 1.1.2018)
3. Der Zuschlag für den Verkauf der Liegenschaft erfolgt zum höchsten Angebot, minimal jedoch CHF 770.000.
4. Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat mit dem Abschluss des entsprechenden Kauf- und Baurechtsvertrages.

### **Beschluss**

Der Stadtrat lehnt mit 38 Nein Stimmen die Anträge ab.

---

SRB: 2019-244 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

### **Auftrag GLP-Fraktion betreffend sichere Koexistenz von E-Bikes und Velos auf den Velowegen in Burgdorf**

#### **Verhandlung**

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass dieses Thema die Baudirektion schon länger beschäftigt. Leider lassen die heutigen gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene eine einfache Lösung noch nicht zu. Längere Zeit warten wir darauf, dass der Bund die gesetzlichen Grundlagen anpasst. Bis wann solche vorliegen, ist jedoch nach wie vor nicht absehbar. Gleichzeitig gibt es immer wieder unbefriedigende Situationen. Zum Beispiel der E-Bike-Fahrer, der von Wynigen her kommend nicht den Veloweg entlang der Schützenmatt und vor dem Pestalozzi-Schulhaus benutzen kann, sondern die gefährlichere Variante über den Rösslikreisel fahren muss. Oder die Grossmutter auf dem starken und schnellen E-Bike, welche auf dem Veloweg mit ihrem Grosskind auf dem Kindervelo unterwegs ist, notabene in gemächlichem Tempo. Oder E-Bikes auf der Herzroute, wo auf gewissen Abschnitten in Burgdorf nur langsame E-Bikes fahren dürfen. Die Touristen mit stärkeren E-Bikes müssen auf diesem Abschnitt eine andere Route nehmen, aber wo führt diese durch und wie finden sie später wieder auf die richtige Route? Die Kantonspolizei spricht in diesen Fällen Bussen aus, unabhängig davon, ob der E-Bike-Fahrer mit dem "schnellen" E-Bike langsam oder schnell gefahren ist. Das ist richtig, aber höchst ärgerlich für die Betroffenen. Für den GR ist klar, dass Handlungsbedarf besteht. Von den möglichen Lösungen favorisiert der GR die Variante 1, den Wechsel vom dreiteiligen zum zweiseitigen Verbot für Motorfahrzeuge. Dies vor allem auch darum, weil es die gängige Praxis auf vielen kantonalen Radwegen ist. Diese Lösung bedeutet, dass nicht nur stärkere E-Bikes, sondern auch Mofas auf Velowegen verkehren dürfen. Wichtig ist für den GR die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden. Deshalb war vorhin von starken und nicht schnellen E-Bikes die Rede. Auch wenn E-Bikes und Mofas auf Velowegen zugelassen werden, heisst dies nicht, dass diese dort schnell fahren sollen. Es muss das Ziel sein, dass vor allem auf den kritischen Abschnitten die Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmenden auf ein vernünftiges Mass beschränkt wird. Der GR wird wie im Auftrag gefordert auf dem Velowegnetz von Burgdorf einen breit angelegten Versuch durchführen, wie eine solche Koexistenz-Lösung funktionieren kann. Wesentliches Ziel wird sein, mit geeigneten kommunikativen und allenfalls baulichen Massnahmen zu erreichen, dass es nicht zu Konflikten zwischen den Verkehrsteilnehmenden kommt. Wenn sich dieser Versuch bewährt, soll das Regime flächendeckend und definitiv eingeführt werden. Burgdorf hat mit diesem Ansatz der Koexistenz verschiedener Verkehrsteilnehmer gute Erfahrungen gemacht. Gemeinderat Bucher Theophil erinnert an die Begegnungszone, eine Burgdorfer Erfindung, welche heute in der ganzen Schweiz zu finden ist. Aber auch auf dem Oberstadtweg, auf der Friedeggstrasse und auf der Dammstrasse hat sich das Nebeneinander von Fussgängern und Velofahrern bewährt. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag in der leicht angepassten Formulierung anzunehmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Ausarbeitung der Stadtratsvorlage. Die Idee zum Auftrag ist durch Rückmeldungen von Burgdorfer Bewohnerinnen und Bewohnern entstanden, vor allem von solchen, die an einem Veloweg wohnen und selber entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Die Art und Weise, wie der GR den Auftrag umsetzen möchte, ist zielführend und pragmatisch. Die GLP-Fraktion bittet den SR, dem Antrag des GR zuzustimmen.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag grossmehrheitlich ablehnt. Der Auftrag ist weder zielführend, noch notwendig, so wie er mit dem ursprünglichen Wortlaut daherkommt. Dieser ist sehr offen und abstrakt formuliert. Es kann auch ein innerer Widerspruch sein, wenn im Text bei der Begründung verlangt wird, dass alle zugelassen werden sollen und im Wortlaut steht, dass eine Co-Existenz zum Beispiel mit Signalisationen umgesetzt werden soll. Stadtrat Meier Marcel benützt täglich die Velowege und sieht dabei verschiedene Szenen, die nicht so Freude machen. Beim Gegenvorschlag ist das Problem, dass beim Versuch mit Teilstrecken es in Zukunft noch mehr Wildwuchs geben wird. Es soll vermieden werden, ein Velonetz zu haben, bei dem 100 Meter mit den E-Bikes gefahren werden darf und dann nicht mehr. Das wäre die falsche Lösung. Der Auftrag ist auch unnötig, weil die ASTRA auch nach Lösungen sucht auf der gesetzgeberischen Seite des Bundes. Man spricht von einem Jahr. Burgdorf soll abwarten und schauen, was vom Bund kommt. Man weiss ja nicht, wie die Regelungen für E-Bikes in einem oder zwei Jahren aussehen. Unter Umständen müssten wir alles wieder ändern. Man soll den Mut haben, abzuwarten was auf Bundesebenen passiert. In Burgdorf sprechen wir immer vom Sparen. Burgdorf nun ohne Not wieder zu einem Versuchsbetrieb für etwas zu machen, kostet auch Geld. Die SVP-Fraktion lehnt aus diesen Gründen den Auftrag ab.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion dankt dem GR für die Antworten, die doch einige rechtliche Ungenauigkeiten oder Fehler klarstellt. Die Bezeichnung E-Bikes, die üblicherweise gebraucht wird, ist rechtlich zumindest ungenau. Deshalb spricht er von Velo, Leichtmotorfahrzeug oder L-Pedelec und S-Pedelec. Pedelec steht für Pedal Electric Cycle, das ausdrückt, dass man pedalen muss damit der Motor mithilft. Zur Sicherheit auf den Burgdorfer Velowegen hat es gemäss den Interessensorganisationen in den letzten Jahren praktisch keine Meldungen von Problemen gegeben. Auch ein Blick in die Unfallgeodaten vom ASTRA zeigt, dass es seit 2011 praktisch keine Velo- und Fussgängerunfälle auf den Velowegen in Burgdorf gegeben hat. Das zeigt, dass die heutige Situation nicht so schlecht ist. Generell ist aber festzuhalten, dass eine höhere Sicherheit für den Langsamverkehr mehr Platz braucht. Dazu kann erwähnt werden, dass die Experten heute eher wieder eine teilte Verkehrsfläche vorschlagen. Das im Gegensatz zu früher, wo man mehr gemeinsam genutzte Fläche propagiert hat. Das war vermutlich wegen dem erhöhten Veloverkehr. Zu den konkreten Vorschlägen, die vor allem die Regelung für Pedelecs anschaut, sollte man beachten, dass man auch mit S-Pedelecs, welche bis 45 Stundenkilometer unterstützen, langsam fahren kann und das wird besonders auf Velowegen gemacht. Schnell fahrende Rennvelos und S-Pedelecs fahren auf der normalen Strasse und langsame Velos, Pedelecs und Rennvelo auch auf den Velowegen. Dies vor allem als Familie und in Gruppen. Eine angepasste Geschwindigkeit ist wichtig, unabhängig vom Velotyp. Wichtig ist, dass neben oder im städtischen Velowegnetz auch attraktive Verbindungen in die Umgebung parat gestellt werden. Das können auch Ein- und Ausfallstrecken auf Velowegen sein. Die SP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des GR. Der GR soll prüfen, ob und wo eine Öffnung für Motorfahräder, besonders für S-Pedelec, vorgenommen werden kann. Dabei wäre eine Umstellung auf das zweifache Fahrverbotschild am einfachsten und weil es in der Stadt Burgdorf sowieso nur noch wenige klassische Töfli gibt, auch kein Problem. Eine solche Öffnung ist vor allem bei Strecken mit Steigung relevant. Auch die kürzlich für Velo geöffneten Einbahnstrassen können von S-Pedelecs legal nur ohne Unterstützung befahren werden. Als Beispiel aus Pendersicht kann die neue Verbindung nach Lyssach zwischen Bahn und Wald erwähnt werden, weil es zu Pendlerzeiten praktisch keine andere Leute auf diesem Weg sind. Auch wenn das Signal auf Seite Buchmatt auf Burgdorfer Boden steht. Aus Sicht der Veloroute sollte man schauen, dass man auch mit S-Pedelecs auf diesen Wegen gefahren werden kann. Die Routen werden oft von ortsunkundigen Velofahrenden benützt, welche häufig nicht auf alternative Strassen ausweichen können. Und mit abgestelltem Motor können die Naturstrassen-Verbindungen längst nicht von allen Leuten bewältigt werden. Das betrifft zum Beispiel die Herzroute 99 von der Röthhöchestrasse gegen den Siebenwegenplatz oder die Route 84 von Thun nach Langenthal oder die Route 84 vom Emmental ins Entlebuch. Zum Schluss eine kurze Bemerkung zur Geschwindigkeitsmessung. Die

vorgegebene Geschwindigkeit gilt für alle und jeder kann gebüsst werden. Also sowohl Velo, Rennvelo und alle E-Bikes sowie L- und S-Pedelecs.

Stadtrat Dür Hermann möchte wissen, ob er es richtig verstanden hat, dass auf übergeordneter Ebene etwas vorbereitet wird und man dies zuerst abwarten soll. Sonst unternehmen wir etwas, das am Schluss vergebens war.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert, dass der Bund Überlegungen anstellt, wie man mit dem ganzen Thema umgehen soll. Es wird auch bei starken E-Bikes darüber diskutiert, ob diese einen geeichten Kilometerzähler haben müssen. Zuerst müssten diese ausgerüstet werden, dann hätte man eine andere Handhabung und könnte das richtige Tempo einfordern. Wie lange es geht bis solche Massnahmen umgesetzt werden, ist unbekannt. Es kann auf nationaler Ebene sehr lange dauern. Man hat aber heute ein Problem, dass es zu schwierigen und unklaren Situationen kommt. Der Wildwuchs besteht bereits heute. Irgendwo gibt es sogar ein Signal, das sich widerspricht mit der Gegenrichtung. Der Wildwuchs muss dringend aufgeräumt werden. Der Versuchsbetrieb würde nicht nur auf einer Strecke von 50 bis 100 Metern realisiert, sondern viel breiter angelegt, um den Wildwuchs aufzuräumen. Man will kommunikativ auffordern, dass vernünftig gefahren wird. Wo es baulich etwas braucht, sollen auch einfache Massnahmen umgesetzt werden. Es soll ein Regime entstehen, das Sicherheit und Klarheit schafft. Der GR würden den Auftrag gerne annehmen.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man nicht grundsätzlich dagegen ist, dass der GR aufräumen und etwas unternehmen will. Es braucht aber dafür keinen Auftrag. Gemäss heutigen Aussagen soll der Wildwuchs verringert, wenn nicht sogar beseitigt werden. Das wird begrüsst. Wenn man den Vorschlag des GR liest, wie der Auftrag formuliert werden soll, erhält man den Eindruck, dass der Wildwuchs eher zunehmen wird. Man ist nicht grundsätzlich dagegen, aber der GR kann das in eigener Regie.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der GR die Umsetzung flächendeckend einführen möchte. Das wurde aber nicht explizit so formuliert. Man wollte sich nicht ganz so festlegen. Es wird genau geschaut, was wo Sinn macht. Es soll aber ein flächendeckender Versuch sein. Der Auftrag bindet den GR und man muss eine Stellungnahme abgeben. Trotzdem hätte der GR in dieser Richtung nach Lösungen gesucht, weil Handlungsbedarf besteht.

### **Beschluss**

Wortlaut GLP: 0 Stimmen

Wortlaut GR: grossmehrheitlich

### **Abstimmung**

Annahme des Auftrages mit Wortlaut GR

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 31 Ja und 7 Nein Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2019-245 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

## **Auftrag Grünen Burgdorf betreffend „Die Einrichtung eines neuen Freizeit- und Begegnungsparks in der Umgebung des Freibades soll zeitlich vorgezogen werden“**

### **Verhandlung**

Gemeinderat Grimm Christoph dankt der Grüne Burgdorf für den Auftrag, weil sie an die Zukunft denkt. Burgdorf wächst. 1'000 neue Wohnungen heisst auch neue Leute in Burgdorf. Neue Leute heisst aber auch neuer Bedarf an Freizeit- und Begegnungsorten. Es besteht ein Bedürfnis, rund um die Badmatte etwas zu machen. Die Vorgeschichte ist im Auftrag auch erwähnt. Beim Spital stand früher die Halfpipe. Aufgrund des Baus vom Parkhaus musste diese weichen. Das Spital hat Burgdorf eine Entschädigung bezahlt und diese ist in der Schatulle bei der Finanzdirektorin. Es besteht jedoch der Auftrag, dieses

Geld wieder zu investieren. Es gab zu diesem Thema bereits einige Vorstösse in den letzten Jahren. Heute Abend durften wir einen der wenigen Jugendanträge entgegennehmen, der genau in diese Richtung zielt. Es ist klar, dass etwas gemacht werden muss. Es ist auch klar, dass es der GR ernst nimmt. Tatsache ist, dass wir seit sechs Monaten mit einer Arbeitsgruppe daran arbeiten, auch unter Mitwirkung von Fachleuten. Es wird abgeklärt was im Raum der Badimatte machbar ist. Letzte Woche fand ein Runder Tisch statt. Daran teilgenommen haben die Verantwortliche der Schulen, des Hallenbads, der Markthalle, dem Freibad und der Kulturhalle. Es wurde diskutiert, was auf der Badimatte realisiert werden könnte und nachgefragt, wie die Verantwortlichen dazu stehen. Es hat auch Gegenwind gegeben, weil die Badimatte ein Tabuthema ist. Seit Jahren, Jahrzehnten und Generationen ist die Badimatte ein Tabuthema. Es wurde auch gefragt, wer die Badimatte leer haben möchte. Nach einem langen Gespräch haben die Verantwortlichen gemeint, doch man kann etwas machen. Gemeinderat Grimm Christoph zeigt eine Skizze mit diversen Projektideen. An diesen Projektideen wird momentan gearbeitet. Die Grünen-Fraktion möchte nun, dass man ein Jahr früher beginnen soll. Das geht gar nicht. Deshalb kann der Auftrag nicht entgegengenommen werden. Wenn ein fertiges Projekt vorliegt, kann es auch noch zu Einsprachen kommen, und das würde das Projekt noch mehr verzögern. Der GR hofft auf Verständnis, dass der Auftrag so nicht entgegengenommen werden kann. Der Auftrag hat den Charakter einer Richtlinie. Die Meinung des SR ist dem GR wichtig. Gemeinderat Grimm Christoph verspricht, dass die Arbeiten am Laufen sind und man vorwärts macht. Es ist ihm ein persönliches Anliegen, dass auf der Badimatte etwas realisiert wird für die neuen und alten Burgdorfer und Burgdorferinnen. Vor der heutigen Stadtratssitzung hat eine Gruppe von Jugendlichen einen Jugandantrag betreffend Rollsportanlage eingereicht. Der Jugandantrag hat keinen Zeitfaktor. Der GR muss zuerst über den Jugandantrag diskutieren. Die jungen Leute möchten einen Skatepark und haben Ideen vorgebracht. Der SR wird gebeten, den Auftrag abzulehnen.

Stadträtin Cottier-Rupp Franziska, namens der Grünen-Fraktion, dankt Gemeinderat Grimm Christoph und der Bildungsdirektion für die Stellungnahme zum Auftrag, auch wenn der Auftrag vom GR abgelehnt wird. Als der Auftrag eingereicht wurde, wusste man nicht, was läuft. In der Zwischenzeit hat man sich informiert. Gemäss Aussagen von Gemeinderat Grimm Christoph hat bereits ein Runder Tisch stattgefunden. Zudem wurden bereits Vorarbeiten geleistet und Experten beigezogen im Zusammenhang mit der Planung des Freizeitparkes. Eine weitere Überraschung heute Abend war die Einreichung des Jugendauftrages. Man ist davon ausgegangen, dass ein Jugandantrag betreffend Klimanotstand in Burgdorf eingereicht wird. Die Grünen-Fraktion hat sich von den neusten Informationen überzeugen lassen und die Stossrichtung entspricht dem Anliegen. Die Grünen-Fraktion kann dem Antrag des GR auf Ablehnung zustimmen.

#### **Abstimmung**

Dem Stadtrat wird Ablehnung des Auftrages beantragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 32 Ja Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Antrag zu.

---

SRB: 2019-246 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

#### **Auftrag FDP-Fraktion betreffend digitale Umzugsformalitäten (Teilnahme am 5-jährigen Versuch)**

#### **Verhandlung**

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass die Stellungnahme des GR vorliegt. Zudem liegt ein Abänderungsantrag vor. Auf den ursprünglichen Auftrag, dass der GR an dem Versuch teilnehmen und alles nötige die Wege leiten soll, kann nicht eingetreten werden. Weder der GR noch der SR sind zuständig, das zu entscheiden. Deshalb ist man froh, dass die FDP-Fraktion ihren Wortlaut abgeändert hat. Beim Abänderungsantrag sind Schlüsselwörter erwähnt, die es möglich machen auf den Auftrag einzutreten. Der GR wird beauftragt, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit Burgdorf am zweiten Versuchsbetrieb des Kantons Bern teilnehmen kann. Über diesen Auftrag kann diskutiert werden. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag mit der abgeänderten Formulierung anzunehmen. Der GR

unterstützt das Anliegen der FDP-Fraktion. Der GR will dort wo es möglich und sinnvoll ist, die Digitalisierung vorantreiben und umsetzen. Diverse Projekte laufen bereits in diesem Sinn wie zum Beispiel die digitalen Baugesuche. In der Zeitung von letzter Woche stand auch, dass die Einwohner- und Sicherheitsdirektion das SEPP-App eingeführt hat. Auf Burgdorfer Boden können die Parkgebühren via App bezahlt werden. Man ist offen für die Digitalisierung. Gleichzeitig beantragt der GR, den Auftrag abzuschreiben. Das Anliegen ist inhaltlich bereits erfüllt. Die Stadt Burgdorf hat sich beim zweiten Versuch angemeldet und man ist auch vorbereitet. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR, dass er den Abänderungsantrag als präziser wahrnimmt und auch unterstützt. Es ist ein grosses Anliegen, dass digitale Dienstleistungen von der Stadt Burgdorf angeboten werden können. Es ist wichtig, dass Burgdorf bei den verschiedenen Projekten mitmacht.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man überzeugt ist, dass sich die Stadt Burgdorf gut aufstellt im laufenden digitalen Transformationsprozess. Mehr dazu erfahren wir wohl im übernächsten Traktandum. Die GLP-Fraktion unterstützt den Abänderungsantrag der FDP, um sicherzustellen, dass Burgdorf beim zweiten Versuchsbetrieb teilnehmen kann. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

#### **Beschluss**

Wortlaut Auftrag: 0 Stimmen

Abänderungsantrag FDP: einstimmig

#### **Abstimmung**

Auftrag überweisen und gleichzeitig abschreiben

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

---

SRB: 2019-247 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

### **Auftrag SP-Fraktion betreffend Abgabe von bebauten oder unbebauten Liegenschaften nur noch im Baurecht**

#### **Verhandlung**

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt der SP-Fraktion für den Auftrag. Der Auftrag stützt eigentlich das Tun der Liegenschaftsverwaltung, die schon lange nach dem Grundsatz lebt "Baurecht vor Verkauf". Der Auftrag verlangt ein neues Reglement. Das lehnt der GR aber ab. Wenn wir uns zu starke Fesseln machen, können wir nicht aktiv auf dem Markt sein und die Stadtentwicklung nicht interessant gestalten. Ein Landverkauf ist manchmal nötig, weil es um Arrondierung geht. Als Beispiel ist die Firma Strüby AG im Fischermättli erwähnt. Mit dem Land hätte die Stadt Burgdorf nichts machen können, die Firma Strüby AG hingegen schon. Man muss auch verstehen, dass ein Investor für eine solche Landparzelle nicht zweierlei Sachen will. In der Vergangenheit gibt es sicher gewisse Sachen, die man aus heutiger Sicht bedauert, wie in der Vorlage zu lesen war. Die 18 Parzellen am Wangelenrain oder auch der Verkauf der Parzellen an der Pestalozzistrasse würde man heute nicht mehr machen, sondern im Baurecht abgeben. Die damalige Situation war ganz klar wegen der Überschuldung der Stadt Burgdorf. Man wollte so Schulden abbauen. Es gibt aber auch viele Beispiele die zeigen, dass die Stadt Burgdorf im Baurechtsmarkt tätig ist. Es gibt viele Firmen, die lieber Land kaufen als im Baurecht erwerben. Es gibt jedoch auch da eine Trendwende. Die Burgergemeinde wird immer als tolles Beispiel vorgebracht, aber auch sie haben, als die Schwellenhütte abgebrannt ist, die Parzelle an die Stadt Burgdorf verkauft und nicht im Baurecht abgegeben. Der Abänderungsantrag verlangt, das Anliegen in die Immobilienstrategie aufzunehmen. Dem Abänderungsantrag kann der GR zustimmen. Der GR wird keine separate Vorlage erarbeiten, sondern das Anliegen im Rahmen der Immobilienstrategie aufnehmen. Der SR wird gebeten, den Auftrag abzulehnen und den Abänderungsantrag anzunehmen.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, dankt Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice für die Zustimmung zum Abänderungsantrag. Es ist auch im Sinn der SP-Fraktion, dass das Anliegen bei der Immobilienstrategie entsprechend angereichert wird und kein separater Aufwand betrieben wird. Bei der Diskussion in der Fraktion sind einige Punkte in der Stellungnahme des GR aufgefallen. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Grund für den Landverkauf jeweils war, dass Grundeigentum und Baurecht für eine Arrondierung nicht ideal ist. Gleichzeitig schreibt der GR im Punkt 4 bei der Asic Robotics, dass die Betriebserweiterung im Baurecht erfolgt ist. Für eine innovative Unternehmung scheint ein solches Vorgehen kein Problem zu sein mit einem Mix einer Arrondierung umzugehen. Es kann immer Wirtschaftszweige geben, die noch altväterisch an einem Kauf festhalten. Aber auch hier ist eine Trendwende sichtbar, wie es bereits Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice erwähnt hat. Bei der Burgergemeinde Lengnau wird Industrieland nur im Baurecht abgegeben und es wird auch genutzt. Auch in Thun scheint diese Praxis gut zu funktionieren. Auch die Burgergemeinde Burgdorf hat seit Jahren eine nachhaltige Strategie, wie man mit Land im Baurecht umgehen kann. Der GR schreibt zudem, dass die bisherige Land- und Liegenschaftspolitik dargestellt ist und vor allem im Baurecht gearbeitet wurde. Es ist nicht ganz so, denn in der Vergangenheit wurde auch Land verkauft. Die Gewinne wurden nicht ganz so nachhaltig verwendet, sondern für kurzfristige Buchgewinne und für Buchkorrekturen. Am meisten fällt die Applikation an der Stelle auf, wenn mit Annahme des Auftrages nicht mehr verkauft werden könnte. Das ist so nicht richtig. Es ist sehr wohl noch möglich, Land und Liegenschaften zu verkaufen, allerdings sollen die Gewinne der entsprechenden Spezialfinanzierung zugewiesen werden. Die Spezialfinanzierung ermöglicht es der Stadt Burgdorf, bei Bedarf wieder strategische Liegenschafts- und Landkäufe zu tätigen. Es gilt zu bedenken, wenn nicht mehr so viel Bauland oder Land vorhanden ist und plötzlich mehr Schulraum oder andere Bauten nötig sind, wären wir froh, wenn wir auf einen entsprechenden Topf zugreifen können. Die Wahrung von Land und Liegenschaften sind auf längere Sicht nachhaltiger, sowohl strategisch als auch finanziell. Als zwei Beispiele sei das Syngenta-Areal in Basel sowie in Winterthur das Sulzer-Areal erwähnt. Im Sinn einer zukunftsorientierten, strategisch schlauer und nachhaltiger Finanz- und Liegenschaftsstrategie für Burgdorf, wird der SR gebeten, dem Abänderungsantrag und dem Geschäft zuzustimmen.

#### **Beschluss**

Abänderungsantrag SP: 33 Stimmen  
Nein: 1 Stimme  
Enthaltungen: 4 Stimmen

#### **Abstimmung**

abgeänderter Auftrag überweisen

#### **Beschluss**

Der Stadtrat lehnt mit 18 Ja und 20 Nein Stimmen den Auftrag ab.

---

SRB: 2019-248 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

#### **Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität**

#### **Verhandlung**

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die GLP-Fraktion basierend auf der Interpellation vom 18. März 2018 das vorliegende Postulat eingereicht hat. Der GR hat frühzeitig den Handlungsbedarf im Bereich der Digitalisierung erkannt und das Projekt "Burgdorf digital" gestartet. Burgdorf will den Anschluss nicht verpassen. Der Auftrag der FDP-Fraktion betreffend digitalen Umzugsformalitäten, der vorhin behandelt wurde, geht in die genau gleiche Richtung. Der Kanton hat Gemeinden ausgewählt und Burgdorf hätte gerne mitgemacht, aber leider konnten wir nicht weiterfahren. Dafür ist Burgdorf Pilotgemeinde im E-Bau für elektronische Baugesuche. Der Versuch wurde verlängert und sollte im nächsten Jahr definitiv eingeführt werden. Auch bei den Parkgebühren mit dem SEPP-App sind wir an vorderster Front und können Parkgebühren digital begleichen. Man versucht die Umsetzung der

Digitalisierung voranzutreiben. Man will auch das Projekt "Burgdorf digital" vorantreiben. Man will den Anschluss nicht verlieren und up to Date sein. In diesem Zusammenhang ist der GR bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Weitere Infos zum Projekt "Burgdorf digital" folgen so bald als möglich.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass der GR richtig angemerkt hat, dass er nicht vom SR verpflichtet werden kann eine Strategie zu entwerfen und vorzulegen. Stattdessen ist die Exekutive bereit, innerhalb des Projektes "Burgdorf digital" eine Strategie betreffend E-Dienstleistungen und digitale Identität im Sinn des eingereichten Postulates zu prüfen. Generell wird aufgezeigt, dass Burgdorf nicht untätig ist und mittlerweile recht aktiv mit der Umzugsmeldung, E-Bau und SEPP-App ist. Die GLP-Fraktion ist erfreut, auch über die Bemerkung, dass sich Burgdorf nicht nur mit der Einstellung "Gring abe und seckle" an die Digitalisierungshysterie macht. Burgdorf macht es wohl überlegt und progressiv. Die GLP-Fraktion begrüsst die Annahme des Postulates und empfiehlt die Annahme ebenfalls dem SR.

#### **Abstimmung**

Annahme des Postulats.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 38 Ja Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2019-249 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

#### **Interpellation SVP-Fraktion betreffend "Anstellung eines verurteilten Jugendarbeiters"**

#### **Verhandlung**

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, dankt dem GR für die Antworten zur Interpellation. Mit den Antworten erklärt sich die SVP-Fraktion formell befriedigt. Formell deswegen, weil es gar nicht nachvollziehbar ist, dass der GR es bedauert auf eine objektiv abgefasste Interpellation Stellung nehmen zu müssen. Dabei erst noch auf Zeitungsartikel verweist, statt die Antworten selber vollumfänglich zu beantworten. Gerade in einem solchen sensiblen Bereich wie bei der Jugendarbeit ist es für die SVP-Fraktion von grosser Wichtigkeit, dass die Stadt Burgdorf im Rekrutierungsprozess sehr genau hinschaut.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2019-250 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

#### **Interpellation BDP-Fraktion betreffend den Mehrjahrgangsklassen**

#### **Verhandlung**

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die ausführliche Antwort. Die BDP-Fraktion ist mit der Antwort befriedigt.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2019-251 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Interpellation GLP-Fraktion betreffend "vierte Säule" in Burgdorf**

**Verhandlung**

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche und informative Antwort. Die Herausforderung der demographischen Entwicklung wird zwingend früher oder später zu einer Einführung einer so genannten vierten Säule führen. Wie auch immer die gestaltet sein wird. Es geht darum, dass Guthaben in Form von Zeit gleich geschützt werden soll wie andere Guthaben. Die GLP-Fraktion kann nachvollziehen, dass der GR der Meinung ist, dass diese Herausforderung auf übergeordneter Ebene mit Kanton oder Bund angegangen werden muss. Es lohnt sich jedoch nicht, allzu lange zu warten. Bis eine kantonale oder nationale Regelung gefunden wird, können Jahre vergehen. Das Beispiel von Betreuungsgutscheinen bei Krippenplätzen zeigt, dass es umgekehrt schnell gehen kann. Eine lokale Initiative kann durchaus durch eine übergeordnete Instanz wahrgenommen oder übernommen werden. Die GLP-Fraktion ist dankbar, dass man die Fragen in der Sozialkommission diskutieren will und hofft, dass es möglichst bald passieren wird. Es geht primär darum, private Initiativen zu fördern und dass die Stadt Burgdorf nicht zusätzliche Aufgaben übernimmt. Die GLP-Fraktion erklärt sich von der Antwort des GR befriedigt.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2019-253 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Interpellation SP-Fraktion betreffend Pop-up Anlaufstelle**

**Verhandlung**

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Burkhard Georg, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR nur teilweise befriedigt ist. Es ist schön, dass die Stadt Burgdorf Interesse an Pop-up Projekten hat. Es wird auch anerkannt, dass koordinierte und unkomplizierte Vorgehensweisen bei der Prüfung von Pop-up Anlaufstellen nötig sind. Störend ist aber, dass auf die bisherige Praxis immer wieder verwiesen wird. Genau aus diesem Grund ist dieser Vorstoss entstanden. Die Abläufe sind im Moment kompliziert. Es gibt keine konkreten Ansprechpersonen. Ansprechpersonen leiten die Anfragen weiter oder sogar hin oder her. Eine Anlaufstelle, die nicht zwingend eine neue Stelle sein muss, kann auch eine Direktion sein oder eine Auslagerung an Pro Burgdorf zum Beispiel. Es könnte einen Nutzen bringen und nicht ein Mehraufwand. Ob ein simples Merkblatt die administrativen Hürden tatsächlich verkleinern kann, ist fraglich.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

---

SRB: 2019-252 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

## **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

### **Verhandlung**

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Dringlicher Jugendantrag betreffend Rollsportanlage Burgdorf (Das Stadtratsbüro lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Auftrag Grünen, EVP, Grünliberalen und SP Burgdorf betreffend Klimanotstand in der Gemeinde Burgdorf
- Postulat GLP-Fraktion betreffend neues Bezahlsystem im Parkhaus Oberstadt
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Der Frauen\*streik kommt - ist die Stadt Burgdorf bereit?
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Öffentliche Sitzbänke in Burgdorf

Stadträtin Vogt Anette hat eine Frage an Gemeinderätin Gübeli Charlotte. Am 14. Mai 2018 hat der SR den Auftrag betreffend Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration behandelt und überwiesen. Es wurde ein entsprechender Bericht bis Frühling 2019 versprochen. Wann kann mit diesem Bericht gerechnet werden?

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass der Bericht leider nicht an der nächsten Sitzung behandelt wird. Man hat sich zeitlich verschätzt. Durch den Ausfall und die frühzeitige Pensionierung von Diggelmann Andreas, Leiter Sozialdirektion, ist die Sozialdirektion in Verzug geraten. Zusammen mit der Präsidialdirektion arbeitet man daran. Man hat bereits Gespräche geführt. Der Bericht wird folgen. Wann genau dieser Bericht folgt, kann nicht gesagt werden.

Stadtrat Burkhard Georg, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man am 17. September 2018 eine dringliche Interpellation betreffend 5G-Netz eingereicht hat. Das Geschäft wurde Ende des letzten Jahres behandelt. Vor kurzem hat man eine Information zugespielt bekommen, dass anscheinend der Verein "Gigahertz" am 11. März 2019 eine baupolizeiliche Anzeige gegen die Installation der 5G-Antennen eingereicht hat. Kann der GR dazu was sagen?

Gemeinderat Bucher Theophil kann dazu nichts sagen. Es stimmt, dass eine baupolizeiliche Anzeige eingereicht worden ist.

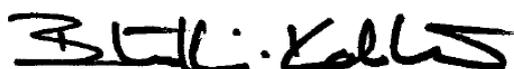
Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, verabschiedet Stadtrat Manz Pierre. Die SVP-Fraktion dankt ihm für sein Engagement und Mitarbeit im SR. Er war seit Januar 2013 Mitglied im SR. Während über sechs Jahren hat er uns immer mit seiner Erfahrung tatkräftig unterstützt. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass er seine freierwerbende Zeit sicherlich gut für seine Hobbies und Trainings nützen kann. Die SVP-Fraktion wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und vor allem weiterhin gute Gesundheit.

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

---

Burgdorf, 26. April 2019

Namens des Stadtrates:



Barbara Lüthi-Kohler  
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi  
Protokollführerin